



**GEWERKSCHAFTEN
MACHEN SICH STARK
FÜR DIE RECHTE VON
WANDERARBEITSKRÄFTEN**

INHALT

EINLEITUNG	3
ARGENTINIEN: ANERKENNUNG UND FÖRDERUNG VON FERTIGKEITEN VON MENSCHEN MIT MIGRATIONSERFAHRUNG UND FLÜCHTLINGE	4
KENIA: DIREKTE UNTERSTÜTZUNG VON WANDERARBEITSKRÄFTEN UND DATENERHEBUNG FÜR EINE NACHWEISBASIERTE INTERESSENVERTRETUNG	5
VEREINIGTES KÖNIGREICH: LANDESWEITE MASSNAHMEN GEGEN DIE AUSBEUTUNG VON WANDERARBEITSKRÄFTEN IM SOZIALBEREICH	6
TÜRKEI UND TANSANIA: GEWERKSCHAFTEN HELFEN WANDERARBEITSKRÄFTEN BEIM EINFORDERN NICHT GEZAHLTER LÖHNE	7
USA: SCHUTZ FÜR WANDERARBEITSKRÄFTE, DIE GEGEN MISSTÄNDE VOR GERICHT ZIEHEN	8
NIGERIA: UNTERSTÜTZUNG FÜR EINE SICHERE UND WÜRDEVOLLE RÜCKKEHR UND WIEDERAUFNAHME VON WANDERARBEITSKRÄFTEN	9
INDONESIEN: ZUSAMMENARBEIT VON GEWERKSCHAFTEN MIT REGIERUNG UND FRAUENKRISENZENTREN ZUR UNTERSTÜTZUNG VON ZURÜCKKEHRENDEN ODER AUSREISENDEN ARBEITSMIGRANTINNEN	10
KOREA: BESSERE UNTERKÜNFTE FÜR WANDERARBEITSKRÄFTE	11
AUSTRALIEN: LOBBYARBEIT UND KAMPAGNEN ZUM SCHUTZ VON TEMPORÄREN WANDERARBEITSKRÄFTEN	12
FORDERUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN	13

EINLEITUNG

Beim Schutz und der Durchsetzung der Arbeitsrechte von Wanderarbeitskräften spielen die Gewerkschaften eine Schlüsselrolle. Sie setzen sich sowohl in den Herkunfts- als auch in den Zielländern im Rahmen des sozialen Dialogs mit Regierungen und Arbeitgebern für die Gestaltung eines auf Rechten basierenden ordnungspolitischen Rahmens ein und organisieren Wanderarbeitskräfte, damit ihre Arbeitsbedingungen durch Tarifverhandlungen verbessert werden. Folgende Aspekte spielen dabei eine Rolle:

- Einsatz für die Vereinigungsfreiheit und den Schutz von Wanderarbeitskräften vor Ausbeutung und anderen arbeitsspezifischen Missständen.
- Einrichtung von Informationszentren und Beratungsdiensten, die Wanderarbeitskräfte und solche, die es werden wollen, bei der Bewältigung der komplexen Migrations- und Anwendungsverfahren unterstützen.
- Bereitstellung von Rechtsbeistand für den Zugang zur Justiz in Fällen von Verstößen gegen die Menschen- und Arbeitsrechte.
- Durchführung von Berufs- und Sprachkursen im Hinblick auf eine bessere Eingliederung von Migrantinnen und Migranten in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft.

DER UNO-MIGRATIONSPAKT

Der **Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration** (Resolution 73/195 der UNO-Vollversammlung) wurde 2018 von einer Mehrheit der Mitglieder der UNO-Vollversammlung befürwortet. Der Migrationspakt ist ein unverbindlicher Kooperationsrahmen, der sich auf 23 Ziele stützt. Durch Lobbyarbeit und Aktivitäten setzen sich die Gewerkschaften weltweit für seine Umsetzung ein.





Argentinien, CGTRA, Lazos-Projekt

ARGENTINIEN: ANERKENNUNG UND FÖRDERUNG VON FERTIGKEITEN VON MENSCHEN MIT MIGRATIONSERFAHRUNG UND FLÜCHTLINGE

In Argentinien setzt sich die Confederación General del Trabajo (CGTRA) für die Sensibilisierung von Berufsbildungseinrichtungen ein, um Zuwanderern und Flüchtlingen den Zugang zu ihren Dienstleistungen zu ermöglichen.

Gemeinsam mit der **ILO**¹ bringen die CGTRA und ihre Partner Lehrkräfte, Führungskräfte und Verwaltungspersonal von Berufsbildungszentren aus Argentinien und anderen Ländern Lateinamerikas und der Karibik zusammen, damit sie Erfahrungen austauschen und voneinander über die Arbeit mit Migrantinnen und Migranten sowie Flüchtlingen lernen können.

Durch Schulungsmaßnahmen und Hilfsangeboten steht das Personal in Berufsbildungszentren Migrantinnen und Migranten sowie Flüchtlingen in Fragen wie Anerkennung von Dokumenten, Validierung von Bildungsabschlüssen

und Anerkennung beruflicher Qualifikationen beratend, unterstützend und vermittelnd zur Seite.

Die CGTRA und die UOCRA-Stiftung, eine nichtstaatliche Organisation für berufliche Bildung, haben gemeinsam einen ständigen Berufsbildungs- und Migrationsausschuss eingerichtet, der sich aus Gewerkschaften, staatlichen Einrichtungen und anderen Akteuren zusammensetzt, die mit Migrantinnen und Migranten und Flüchtlingen arbeiten. Dieses Gremium tagt regelmäßig, um spezifische Probleme dieser Menschen an Berufsbildungszentren zu erörtern und zu klären.



¹ Das regionale Lazos-Projekt wird von der ILO in Zusammenarbeit mit der schwedischen Regierung koordiniert und zielt darauf ab, Migranten und Flüchtlingen in Ländern Lateinamerikas und der Karibik Zugang zu menschenwürdiger Arbeit zu verschaffen.



Kenia, COTU-K, Informationszentrum für Wanderarbeitskräfte

KENIA: DIREKTE UNTERSTÜTZUNG VON WANDERARBEITSKRÄFTEN UND DATENERHEBUNG FÜR EINE NACHWEISBASIERTE INTERESSENVERTRETUNG

Seit März 2023 können Wanderarbeitnehmerinnen und -arbeitnehmer in Kenia, auswanderungswillige Menschen aus Kenia und Angehörige von im Ausland arbeitenden kenianischen Staatsangehörigen im Migrants Resource Centre der Central Organization of Trade Unions, Kenya (COTU-K) Informationen über Migration und Arbeit einholen².

Das Zentrum stellt nicht nur Informationen und Beratung zur Verfügung, sondern widmet sich auch der Erhebung, Aufbereitung und Analyse von Migrations- und Arbeitsmarktdaten als Grundlage für Advocacy- und Sensibilisierungsaktivitäten zum Thema Migration und Rechte von Wanderarbeitskräften.

Ein wichtiger Bestandteil der Arbeit der COTU-K ist die Förderung von fairen Einstellungsverfahren für Arbeitsmigrantinnen und -migranten. Hierfür unterstützt der COTU-K die Beratungsplattform **Migrant Recruitment Advisor Platform** des

IGB für Kenia, über die auswanderungswillige oder bereits ausgewanderte Personen Erfahrungen mit der Anwerbung austauschen, Vermittlungsagenturen bewerten und sich über die einschlägigen Vorschriften in ihrem Zielland informieren können. Im Falle einer Verletzung ihrer Arbeitsrechte können sie sich außerdem an die COTU-K oder an die Gewerkschaften im Zielland wenden.

Als Grundlage für ihr Einsatz für faire Vermittlungspraktiken hat die COTU-K außerdem eine Umfrage unter 479 kenianischen Arbeitnehmern über deren Vermittlungserfahrungen bei der Arbeitsmigration ins Ausland durchgeführt und ausgewertet.



3 INFORMATION PROVISION



6 RECRUITMENT AND DECENT WORK



7 REDUCE VULNERABILITIES



16 INCLUSION AND SOCIAL COHESION



17 ELIMINATE DISCRIMINATION



18 SKILLS DEVELOPMENT AND RECOGNITION

² Das Zentrum wird unterstützt vom **Better Regional Migration Management (BRMM) Project** der ILO.

UK, TUC, Kampagne gegen die Ausbeutung von
Wanderarbeitskräften im Pflegebereich

VEREINIGTES KÖNIGREICH: LANDESWEITE MASSNAHMEN GEGEN DIE AUSBEUTUNG VON WANDERARBEITSKRÄFTEN IM SOZIALBEREICH

Nachdem die britische Regierung es versäumt hatte, die Ursachen für den Arbeitskräftemangel im sozialen Pflegebereich wie niedrige Löhne und ausbeuterische Arbeitsbedingungen zu beseitigen, erweiterte sie im Februar 2022 die Visa-Route für Beschäftigte im Gesundheits- und Pflegebereich. Dadurch wurden 2022/2023 mehr als 50.000 internationale Arbeitskräfte mehr im Pflegebereich eingestellt als im Jahr zuvor.

Wanderarbeitskräfte spielen eine zentrale Rolle, wenn es um die Versorgung mit qualitativ hochwertigen Sozialdienstleistungen durch qualifizierte und gut ausgebildete Pflegekräfte geht. Allerdings versäumt es die Regierung, dafür zu sorgen, dass diese Menschen am Arbeitsplatz mit Respekt und Würde behandelt werden.

Der Trades Union Congress (TUC) und die ihm angeschlossenen Gewerkschaften arbeiten daran, Ausmaß und Art der beschäftigungsbezogenen Missstände zu ermitteln, mit denen eingewanderte Pflegekräfte konfrontiert sind. Dazu gehören niedrige Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen, Forderungen nach unrechtmäßigen Gebühren an Vermittlungsagenturen, Schuldknechtschaft, Lohndiebstahl, Belästigung und Gewalt sowie der Missbrauch des Einwanderungssystems durch skrupellose Arbeitgeber, die beispielsweise Arbeitskräfte erpressen und sie daran hindern, eine andere Stelle zu suchen.

Die Gewerkschaften nutzen diese Erkenntnisse, um sich für eine bessere staatliche Unterstützung der Arbeitskräfte einzusetzen. In jüngster Zeit hat sich der TUC mit wichtigen Regierungsstellen wie u. a. dem Gesundheits- und Sozialministerium und der Aufsichtsbehörde für Arbeitsmissbrauch (Gangmasters and Labour Abuse Authority) zusammengetan, um einen nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung von Missbrauch ausländischer Arbeitskräfte in sozialen Berufen zu erstellen.

Neben dieser Lobbyarbeit leisten die Gewerkschaften im Vereinigten Königreich auch umfangreiche direkte Unterstützung für Arbeitsmigrantinnen und -migranten. So hat beispielsweise UNISON, die Gewerkschaft, die Beschäftigte im öffentlichen Dienst vertritt, ihre Kernarbeit um Fachdienste für ihre zugewanderten Mitglieder erweitert. In dem Wissen, dass Beratung in Einwanderungsfragen nur von Personen mit entsprechenden Qualifikationen geleistet werden kann, arbeitet UNISON mit der Flüchtlingsorganisation Joint Council for the Welfare of Immigrants (JCWI) zusammen, um ihren zugewanderten Mitgliedern und deren Familien den Zugang zu fachlicher Beratung zu erleichtern.



3 INFORMATION
PROVISION



4 LEGAL
IDENTITY AND
DOCUMENTATION



6 RECRUITMENT
AND DECENT WORK



7 REDUCE
VULNERABILITIES



17 ELIMINATE
DISCRIMINATION



Tansania, DISK und Dev Yapı-İş,
streikende Wanderarbeiter aus der Türkei

TÜRKEI UND TANSANIA: GEWERKSCHAFTEN HELFEN WANDERARBEITSKRÄFTEN BEIM EINFORDERN NICHT GEZAHLTER LÖHNE

Wanderarbeitskräfte aus der Türkei auf einer von einem türkischen Bauunternehmen betriebenen Eisenbahnbaustelle in Tansania, traten am 5. August 2023 in den Streik, nachdem sie zuvor sieben Monate lang keinen Lohn erhalten hatten. Der Gewerkschaftsbund Konföderation der Revolutionären Arbeitergewerkschaften der Türkei (DISK) und die ihr angeschlossene Baugewerkschaft Dev Yapı-İş unterstützten den friedlichen Streik der rund 2.000 Beschäftigten. Allerdings waren sich die Beschäftigten über ihre Rechte in Tansania nicht im Klaren und hatten keinen Kontakt zu den Behörden.

Mit Unterstützung des IGB und des IGB Afrika wurde DISK mit dem tansanischen Gewerkschaftskongress (TUCTA) und der tansanischen Bergbau- und Bauarbeitergewerkschaft (TAMICO) in Kontakt gebracht. Die Gewerkschaftsorganisationen haben die streikenden Beschäftigten besucht, sie über ihre Rechte informiert und mit den zuständigen Regierungsbehörden Kontakt aufgenommen.

Bei Verhandlungen, an denen auch Beamte des tansanischen Verkehrsministeriums und der tansanischen Eisenbahngesellschaft teilnahmen, kam es zu einer Einigung mit den Vertretern des Unternehmens. Nachdem sie am 18. August die erste Rate ihrer ausstehenden Löhne erhalten hatten, beendeten die Beschäftigten ihren Streik und nahmen drei Tage später die Arbeit wieder auf.

Der DISK-Vorsitzende Arzu Çerkezoğlu sagte: „Wir bedanken uns bei unseren tansanischen Kameraden. Nur mit ihrer Führung und Unterstützung konnten wir diesen Kampf gewinnen. Ihr Kampf kommt den türkischen Bauarbeitern in Afrika und in der Region Naher Osten-Nordafrika zugute. Der Streik der türkischen Beschäftigten in Tansania ist ein Erfolg für alle Wanderarbeitskräfte.“



DEFERRED ACTION FOR WORKERS

GEWERKSCHAFTEN MACHEN SICH STARK FÜR DIE RECHTE VON WANDERARBEITSKRÄFTEN

Injury2All Campaign

BUILDING POWER WITH IMMIGRANT WORKERS

What You Need to Know



Workers who take a stand for justice at work may now be able to get temporary status protections by exercising their rights on the job—protections when you speak up, **BECAUSE** you speak up.

DEFERRED ACTION = WORK PERMIT FOR 2 YEARS + SOCIAL SECURITY NUMBER

USA, AFL-CIO, Injury2All-Kampagne

USA: SCHUTZ FÜR WANDERARBEITSKRÄFTE, DIE GEGEN MISSSTÄNDE VOR GERICHT ZIEHEN

Ende September 2022 startete die American Federation of Labor and Congress of Industrial Organizations (AFL-CIO) die **Injury2All-Kampagne** zur Organisation und zum Schutz von Wanderarbeitskräften, mit dem Ziel, ihre Position an den Arbeitsplätzen und in den Gemeinden zu stärken.

Die Kampagne ergänzte das langjährige Eintreten der AFL-CIO für den Schutz von Arbeitsmigrantinnen und -migranten, die sich gegen Arbeitsrechtsverletzungen zu Wehr setzen. Dieser Einsatz sowie die kreative Organisationsarbeit vieler AFL-CIO-Mitgliedsorganisationen haben dazu geführt, dass die Regierung von Präsident Joe Biden beschlossen hat, ein vereinfachtes **Verfahren** einzuführen, das Wanderarbeitskräften, die sich für die Durchsetzung des US-Arbeitsrechts einsetzen, Schutz vor Abschiebung bietet.

Mit diesem Mechanismus kann nicht nur die Regierung besser gegen ausbeuterische Arbeitgeber vorgehen und sie entsprechend belangen. Auch Wanderarbeitskräfte können ihre Rechte leichter wahrnehmen und müssen weniger befürchten.

Seit dem Anlaufen der Kampagne hat die AFL-CIO mehr als 60 Schulungen für Organisator*innen und Aktivist*innen durchgeführt und in den Gewerkschaften in den USA Kapazitäten aufgebaut, um Wanderarbeitskräften den Zugang zu zeitlich befristetem Schutz zu ermöglichen, wenn sie sich für die Durchsetzung des Arbeitsrechts einsetzen. Dadurch, dass sie ihre Kollegen zusammen mit den Gewerkschaften organisieren, um ihre Arbeitsplätze sicherer zu machen, konnten immer mehr Wanderarbeitskräfte ihren Aufenthaltsstatus sichern und eine Arbeitsgenehmigung erhalten.

Dieser Prozess hindert skrupellose Arbeitgeber daran, Beschäftigte ohne Aufenthaltspapiere dafür zu benutzen, um Löhne zu senken und die Arbeitsbedingungen für alle Erwerbstätigen in den USA zu verschlechtern. Wanderarbeitskräfte sind dadurch weniger anfällig für Missbrauch, Ausbeutung und Gefährdung am Arbeitsplatz.





Nigeria, NLC, Demonstration für die Rechte von Wanderarbeitskräften

NIGERIA: UNTERSTÜTZUNG FÜR EINE SICHERE UND WÜRDEVOLLE RÜCKKEHR UND WIEDERAUFNAHME VON WANDERARBEITSKRÄFTEN

In Nigeria hat der Gewerkschaftsbund Nigeria Labour Congress (NLC) die Schwierigkeiten bei der Wiedereingliederung zurückkehrender Migrantinnen und Migranten erkannt und ein Hilfsprogramm für eine würdevolle Rückkehr und Wiedereingliederung im Land aufgelegt.

Als ersten Schritt hat der NLC einen Leitfaden veröffentlicht. Der **The Trade Union Information Guide on Return and Reintegration of Migrants & Migrant Workers in Nigeria**³ enthält allgemeine Informationen und listet staatliche Stellen und Nichtregierungsorganisationen wie u. a. Gewerkschaften auf, bei denen Rückkehrende Unterstützung finden können. Im Rahmen der Veröffentlichung des Leitfadens haben NLC und Mitgliedsgewerkschaften auch Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau organisiert und mit Straßenaktionen, Kampagnen und im direkten Kontakt mit

Rückkehrenden darüber informiert, wie sie den Leitfaden nutzen können.

Der NLC-Vorsitzende Ayuba Wabba sagte: „Wir beobachten, dass viele Nigerianerinnen und Nigerianer, die aus dem Ausland zurückkehren, Schwierigkeiten haben, sich wieder in Nigeria zu integrieren. Es gibt zwar bereits einige Hilfsangebote, aber es mangelt an Informationen, und die Zielgruppen werden nicht wirklich erreicht. Diese Hindernisse halten viele nigerianische Migrantinnen und Migranten davon ab, freiwillig in ihr Land zurückzukehren, auch wenn sie das gerne tun würden.“



³ Der Leitfaden wurde vom NLC im Rahmen des FAIRWAY-Programms der ILO erstellt.



Indonesien, KSBSI,
Informationszentrum für Wanderarbeitskräfte

INDONESIEN: ZUSAMMENARBEIT VON GEWERKSCHAFTEN MIT REGIERUNG UND FRAUENKRISENZENTREN ZUR UNTERSTÜTZUNG VON ZURÜCKKEHRENDEN ODER AUSREISENDEN ARBEITSMIGRANTINNEN

Die Konfederasi Serikat Buruh Seluruh Indonesia (KSBSI), der Dachverband der indonesischen Gewerkschaften, unterstützt in Zusammenarbeit mit der Regierung und zivilgesellschaftlichen Organisationen die lokalen Regierungen bei der Umsetzung von Schutzgesetzen für indonesische Wanderarbeitskräfte. Sie bietet außerdem Beratungsdienste für Ausreisewillige und Zurückkehrende an.

Diese Zusammenarbeit ermöglicht es der KSBSI, mit Wanderarbeitskräften und ihren Familien in Kontakt zu sein und aktuelle Informationen über staatliche und nichtstaatliche Dienste sowohl in Indonesien als auch im Ausland bereitzustellen.

Durch Partnerschaften mit Frauenorganisationen konnten die Beratungs- und Schulungsdienste der KSBSI geschlechtsspezifisch ausgerichtet werden und auch Probleme mit Gewalt, Belästigung und Menschenhandel ansprechen.

Im Rahmen dieser Partnerschaften wurden Anlaufstellen für Wanderarbeitskräfte eingerichtet, die von der KSBSI gemeinsam mit dem Arbeitsministerium, den zuständigen Kommunalverwaltungen und Frauenorganisationen wie der Koalisi Perempuan Indonesia East Java Region (Frauenkoalition von Ostjava) verwaltet werden.

Die von der ILO und UN Women geförderten „**Zentren für gendersensible Informationen und integrierte Dienstleistungen unter einem Dach**“ bieten Migrantinnen Unterstützung aus der Zivilgesellschaft, von Regierungsstellen und Gewerkschaften. Hier erhalten sie Hilfe bei Fragen zur Migration und zur Anwerbung im Ausland sowie bei Behördengängen.





Korea, KCTU, Internationaler Tag der Migranten 2022

KOREA: BESSERE UNTERKÜNFTE FÜR WANDERARBEITSKRÄFTE

Im Jahr 2020 wurde die Landarbeiterin Nuon Sokkheng aus Kambodscha tot in einem Plastikgewächshaus auf einem Bauernhof in der Provinz Gyeonggi aufgefunden, in dem sie auch untergebracht war.

Als direkte Todesursache gaben die Behörden zwar eine Lebererkrankung an, doch nach Ansicht von Hilfsorganisationen trugen die schlechten Lebensbedingungen und die mangelnde medizinische Versorgung zur Verschlechterung ihres Gesundheitszustands bei und machten deutlich, unter welchen unmenschlichen Bedingungen viele Wanderarbeitskräfte in Korea leben.

Sokkhengs Tod hat eine Kampagne ausgelöst, der sich auch der koreanische Gewerkschaftsbund (KCTU) und seine Mitgliedsorganisationen angeschlossen haben. Sie wollen das Problem der schlechten Unterbringung von Wanderarbeitskräften in Korea angehen.

Infolge dieser Kampagne wurden bestimmte Arten von Behelfsunterkünften, wie z. B. Plastikgewächshäuser oder

Schiffscontainer, von der Regierung als Unterkünfte für Arbeitsmigrantinnen und -migranten verboten.

Die Regierung hat zudem neue Maßnahmen verabschiedet, die Wanderarbeitnehmern mehr Möglichkeiten geben, den Arbeitgeber zu wechseln, darunter auch, wenn dieser keine angemessene Unterkunft anbietet.

Der Kampf um bessere Lebensbedingungen geht jedoch weiter, da die Arbeitgeber nach wie vor ungeeignete provisorische Gebäude bereitstellen und bei der Stadtverwaltung als Wohnheime registrieren lassen. Der KCTU und seine Mitgliedsorganisation, die Gewerkschaft der Wanderarbeitskräfte, drängen die Regierung, den Arbeitgebern die Nutzung von Behelfsunterkünften unter allen Umständen zu untersagen.





Australien, ACTU, besserer Schutz für Wanderarbeitskräfte

AUSTRALIEN: LOBBYARBEIT UND KAMPAGNEN ZUM SCHUTZ VON TEMPORÄREN WANDERARBEITSKRÄFTEN

Die Ausbeutung von befristet beschäftigten Arbeitsmigrantinnen und -migranten ist in Australien weit verbreitet, auch wenn sie auf dem Papier die gleichen Rechte haben wie einheimische Kräfte. Grund dafür sind die prekären Visabedingungen, die die Arbeitskräfte an ihre Arbeitgeber binden. Dieses System zwingt die Arbeitskräfte, sich auf ihre Arbeitgeber zu verlassen, um Zugang zu einer dauerhaften Aufenthaltsgenehmigung zu erhalten. Viele befürchten, dass sie ihre Aufenthaltsgenehmigung verlieren könnten, wenn sie Missstände melden.

Die australische Gewerkschaftsbewegung setzt sich seit langem für eine Reform des australischen Einwanderungssystems ein, um Wanderarbeitskräfte vor Ausbeutung zu schützen. Gleichzeitig soll das System zugunsten von dauerhafter Einwanderung neu ausgerichtet werden. Dies bedeutet, dass Arbeitsmigrantinnen und -migranten die Sicherheit bekommen, dass ihre Rechte respektiert werden und sie sich mit ihren Familien in Australien niederlassen und zu einem festen Bestandteil der Arbeitswelt und Gesellschaft werden können.

Diese Bemühungen wurden 2022 durch einen Appell des **Australian Congress of Trade Unions** (ACTU) an die neu gewählte albanische Regierung intensiviert. Er forderte:

- die Abschaffung der Visabestimmungen, die temporäre Wanderarbeitskräfte an einen einzigen Arbeitgeber binden, und die Möglichkeit für Wanderarbeitskräfte, den Arbeitgeber zu wechseln,
- allen befristet beschäftigten Wanderarbeitskräften den Zugang zu einer dauerhaften Aufenthaltsgenehmigung zu ermöglichen, die sie selbst beantragen können, und
- die Einführung eines Whistleblower-Schutzes für Beschäftigte, die Fälle von Ausbeutung melden.

Seitdem hat die Regierung dem Parlament ein umfassendes Maßnahmenpaket vorgelegt.

Die Gesetzesnovelle **Migration Amendment (Strengthening Employer Compliance) Bill**

2023 umfasst eine Reihe von Reformen, die u. a. höhere Strafen für Arbeitgeber vorsehen, wenn sie Wanderarbeitnehmer ausbeuten, und die Beschäftigten vor der drohenden Annullierung ihres Visums schützen, wenn sie eine arbeitsbezogene Visumsbedingung aufgrund von Ausbeutung verletzt haben. Mit den Reformen soll den Beschäftigten das nötige Vertrauen gegeben werden, um Ausbeutung am Arbeitsplatz zu melden. Der ACTU setzt sich weiterhin dafür ein, dass das Gesetz noch vor Ende 2023 verabschiedet wird.



FORDERUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Mit einer Vielzahl von Strategien versuchen die Gewerkschaften weltweit sicherzustellen, dass alle Beschäftigten, einschließlich der Wanderarbeitskräfte, entsprechend den internationalen Arbeitsschutzbestimmungen gleichberechtigt und menschenwürdig behandelt werden.

Wir bekräftigen, dass eine Arbeitskraft eine Arbeitskraft ist, unabhängig von ihrem Migrationsstatus, und fordern einen **Neuen Sozialvertrag** zur Schaffung von inklusiveren Gesellschaften und Volkswirtschaften, wozu auch eine auf Rechten beruhende Migrationspolitik gehört, die im Rahmen des sozialen Dialogs konzipiert, umgesetzt und überwacht wird. Hierzu müssen die Regierungen:

- Arbeitsnormen wie die Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Tarifverhandlungen in den Mittelpunkt aller Migrationsregelungen stellen und die **Erklärung der ILO über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit** respektieren,
- reguläre Migrationswege mit vollen Arbeitnehmerrechten und Nichtdiskriminierung ausbauen und Regularisierungsmöglichkeiten für Menschen mit irregulären Aufenthaltsstatus schaffen,
- einen wirksamen Zugang zur Justiz gewährleisten,
- Hindernisse beim Zugang von Migranten zu Sozialleistungen beseitigen und die Gleichbehandlung von Einheimischen und Migranten in den Sozialversicherungssystemen sicherstellen,
- allgemeine Mindestlöhne einführen, um menschenwürdige Arbeitsplätze für Wanderarbeitskräfte zu gewährleisten,
- Fähigkeiten und Qualifikationen in Herkunfts- und Zielländern im Rahmen des sozialen Dialogs gegenseitig anerkennen.

IGB
Internationaler Gewerkschaftsbund

info@ituc-csi.org
www.ituc-csi.org
Tel.: +32 (0)2 224 0211

Boulevard du Jardin Botanique 20
B-1000 Brüssel, Belgien

Verantwortlicher Herausgeber:
Luc Triangle, Generalsekretär

